

**Die Linke Fraktion im Rat der Stadt Dinslaken**  
Friedrich-Ebert-Straße 46, 46535 Dinslaken

An die  
Bürgermeisterin  
Frau Michaela Eislöffel  
Stadt Dinslaken  
Platz d´Agen 1  
46535 Dinslaken

Friedrich-Ebert-Straße 46  
46535 Dinslaken

Telefon: 02064 – 77 57 373  
Telefax: 02064 – 77 57 374

linksfraktion@die-linke-  
dinslaken.de

www.linksfraktion-dinslaken.de

Niederrheinische Sparkasse  
RheinLippe  
DE30 3565 0000 0670 9225 41  
WELADED1WES

Dinslaken, 12.02.2024

## **Aufhebung des Beschlusses zur Verwendung von Mittelzuflüssen aus der STEAG-Transaktion, Nr. 1269/2023 vom 18.10.2023**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Eislöffel,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Dinslaken stellt folgende Anträge:

- 1 Die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Dinslaken beantragt, der Rat möge in seiner Sitzung am 19.03.2024 entscheiden, den Beschluss Nr. 1269/2023 vom 18.10.2023 auf Verbleib des gesamten Gewinns aus dem Verkauf der STEAG bei den Stadtwerken zu belassen, um die Wärmewende zu finanzieren, aufzuheben.
2. Die Linke beantragt, der Rat möge beschließen, dass die Stadt Dinslaken eine Gewinnausschüttung aus den Jahren 2022 und 2023 sowie 30 Millionen Euro der Gewinne der Stadtwerke aus dem Verkauf der STEAG an die Stadt Dinslaken erhält.

### **Begründung:**

In seiner Sitzung am 18.10.2023 hat der Rat der Stadt Dinslaken mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, UBV und DIE Partei mehrheitlich entschieden, dass die Stadt Dinslaken kein Geld aus dem Verkauf der STEAG-Anteile über die Stadtwerke Dinslaken erhält. Auch ist mehrheitlich vom Rat beschlossen worden, dass die Stadt Dinslaken auf die zum Teil noch nicht einmal von den Stadtwerken bezifferten Gewinne aus den Steag-Anteilen der Jahre 2022 und 2023 verzichten soll, um die Wärmewende zu finanzieren.

Der sogenannte „Vorratsbeschluss“ erfolgte auf der Basis der anzunehmenden und nicht näher bezifferten Gewinne aus dem Verkauf der STEAG und der ebenso ungenauen Angaben über die zu erwartenden Gewinnausschüttungen aus den Jahren 2022 und 2023 an die Stadt Dinslaken. In diesem Zusammenhang wird auf die wenig aufschlussreichen und zum Teil nebulösen Ausführungen des Geschäftsführers der Stadtwerke verwiesen.

Dem Rat zum Zeitpunkt einer derart folgenreichen Entscheidung keine sachgerechte und objektive Darstellung der Haushaltslage der Stadt Dinslaken durch den Kämmerer vor. Ein Entwurf zur Haushaltslage und ein Konzept zur Haushaltssicherung, zu dem der Kämmerer gesetzlich verpflichtet ist, hat Herr Thomae, trotz mehrfacher Aufforderung der Kommunalaufsicht des Kreises Wesel dem Rat in seiner Sitzung am 18.10.2023 nicht vorgelegt.

Hätten schriftliche Unterlagen über die tatsächliche desaströse finanzielle Lage der Stadt Dinslaken am 18.10.2023 vorgelegen, so hätte der Rat nach Überzeugung der Fraktion Die Linke eine andere Entscheidung zugunsten eines ausgeglichenen Haushalts und zur Verhinderung einer Haushaltssperre treffen müssen.

Dass der Kämmerer durch seine Ausführungen in der Ratssitzung am 18.10.2023 im Wissen um den Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit dennoch dem Rat den Verzicht auf Einnahmen der Stadt Dinslaken durch den Verkauf der STEAG empfohlen hat, widerspricht seiner gesetzlichen Rolle und Verantwortung.

Besonders schwer wiegt dieses Verhalten nach Überzeugung der Fraktion Die Linke deshalb, weil der Kämmerer zum damaligen Zeitpunkt bereits um die schwierige finanzielle Lage der Stadt Dinslaken wusste.

Noch im Jahre 2022 und 2023 hat der Kämmerer den Rat auf eine drohende Haushaltssicherung und ein massives Abschmelzen der Rücklagen der Stadt Dinslaken hingewiesen und darum gebeten, der Rat möge seine Einsparpotentiale ausschöpfen. Doch schien dies im Oktober 2023 für den Kämmerer nach Wahrnehmung der Fraktion Die Linke eine zu vernachlässigende Größe zu sein.

Für die Fraktion Die Linke stellt die diskrepante Verhaltensweise und die mangelnde Verantwortung des Kämmerers ein verstörendes Vorgehen dar, welches in mehrfacher Hinsicht Konsequenzen seitens der Bürgermeisterin und des Rates zur Folge haben müsste.

Die Bürgermeisterin selbst hat die zweifache Mahnung des Landrates vom April und Oktober 2023 vor einer bevorstehenden finanziellen Handlungsunfähigkeit der Stadt Dinslaken in Form einer Haushaltssperre ernst genommen.

Sie erinnerte in ihrer Rede in der Ratssitzung am 18.10.2023 alle Mitglieder des Rates daran, sich nicht durch einen entsprechenden Ratsbeschluss allein an die Zuwendungen an die Stadtwerke zu orientieren.

Dennoch hat der Rat, wie bekannt, ohne Not mit den Stimmen von CDU, SPD, UBV, Bündnis 90/Die Grünen und Die Partei entschieden, auf jegliche Gewinne der Stadtwerke aus den Steag-Anteilen der Jahre 2022 und 2023 und aus dem Verkauf der Steag-Anteile zu verzichten.

Die Mehrheitsentscheidung des Rates hat nun schwerwiegende Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Kommune, da durch den Verzicht auf einmalig große Einnahmen für die Stadt Dinslaken als Folge nun die Haushaltssicherung droht. Dafür tragen die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UBV und Die Partei, allein die politische Verantwortung.

Die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Dinslaken wandte sich am 12.11.2023 in großer Sorge um die finanzielle Lage der Stadt Dinslaken mit einem offenen Brief an Frau Bürgermeisterin Eislöffel.

Die Fraktion Die Linke hat die Bürgermeisterin in diesem offenen Brief dazu aufgefordert, den gefassten Ratsbeschluss vom 18.10.2023 zu beanstanden, auszusetzen und der Kommunalaufsicht des Kreises Wesel zwecks abschließender rechtlicher Prüfung, Bewertung und Entscheidung vorzulegen.

Die Linke bat die Bürgermeisterin ebenfalls darum, in der Ratssitzung am 12.12.2023 dazu Stellung zu nehmen, warum Sie als Dienstvorgesetzte des Kämmerers zugelassen hat, dass dieser trotz Aufforderung des Landrates seit April 2023 keinen Einsparungsplan zur Vermeidung der drohenden Haushaltssicherung dem Rat vorgelegt hat.

Auch sollte die Bürgermeisterin nach dem Willen der Fraktion Die Linke darlegen, ob die Empfehlung des Kämmerers an den Rat, auf alle Gewinne zugunsten der Stadtwerke zu verzichten, auch Ihrer Überzeugung und ihrer Verantwortung als Bürgermeisterin zum Wohle der Dinslakener Bevölkerung entspricht.

Entgegen der Hoffnung der Fraktion Die Linke, Aufklärung über den Sachverhalt zu erhalten, hat die Bürgermeisterin weder in den Ratssitzungen am 12.12. 2023 noch in der Sondersitzung des Rates 10.01.2024 auf Befragen der Fraktion Die Linke Stellung genommen.

Auf eine angekündigte schriftliche Antwort auf den offenen Brief wartet der Fraktion Die Linke bis heute noch vergeblich.

Für die Fraktion Die Linke entbehrt der Beschluss des Rates vom 18.10.2023 jeglicher sachlicher und mit Fakten belegten Grundlage und ist auch mit Verweis auf die Einwendungen der Kommunalaufsicht des Kreises Wesel als rechtlich fragwürdig anzusehen.

Aufgrund des Vorgenannten beantragt die Fraktion Die Linke den am 18.10.2023 gefassten Beschluss aufzuheben und 30 Millionen Euro aus dem Verkauf der STEAG und Gewinne aus den Jahren 2022 und 2023 von den Stadtwerken einzufordern, um die Stadt Dinslaken durch einen beschlussfähigen und ausgeglichenen Haushalt in die Lage zu versetzen, wichtige und bereits in der Planung befindliche freiwillige Leistungen im Sozial-, Jugend - Sport und Bildungsbereich, im Kulturbereich aber auch zur Umsetzung klimarelevanter Ziele finanzieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Gerd Baßfeld  
Fraktionsvorsitzender



Dieter Holthaus  
Stadtverordneter